

Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlags- und Druckerei-Vertrag
Verlagsnummer: 22841
Für die Nachdrucke: Nr. 20011
Schiedsgericht: Hauptstadt
Verlag: L. Kienitzstr. 24/26

Verlags- und Druckerei-Vertrag
Verlagsnummer: 22841
Für die Nachdrucke: Nr. 20011
Schiedsgericht: Hauptstadt
Verlag: L. Kienitzstr. 24/26

Verlag: L. Kienitzstr. 24/26
Verlag: L. Kienitzstr. 24/26
Verlag: L. Kienitzstr. 24/26

Der Kanzler an Chamberlain und Briand

Eine Rede auf dem Berliner Pressebankett über die Räumungs-, Anschließ- und Reparationsfrage

Deutschland bleibt auf dem Rechtsstandpunkt

Berlin, 12. Dezember. Während des Empfanges, den der Verein Berliner Presse am Mittwochabend zu Ehren der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung veranstaltete, nahm Reichskanzler Hermann Müller das Wort zu einer bemerkenswerten politischen Rede. Nach einem kurzen Rückblick über die Ereignisse der letzten dreizehn Monate führte er unter anderem aus:

Wir denken in dieser Stunde auch an den Reichsaußenminister, der sich in Lugano dafür einsetzt, daß Deutschland von fremder Besetzung frei werde. Das ist ihm nicht nur deutsches Ziel, sondern Ziel der internationalen Politik.

Für die Befriedung Europas hat Dr. Stresemann in den letzten fünf Jahren seine ganze Arbeitskraft eingesetzt. Es wird nunmehr Zeit, daß diese Arbeit bessere Früchte trägt. Der Reichskanzler stellte hierauf eine Reihe außenpolitischer Thesen auf, die Gemeingut des deutschen Volkes seien: Die Welt muß wissen, daß, so unendlich das deutsche Volk sonst in seinen politischen Auffassungen ist, es einzig in dem Punkt, daß

der Ausgangspunkt für die Räumungs- und Reparationsfrage der Rechtsstandpunkt ist und bleibt.

Auch vertritt sich mit der Idee der Gleichberechtigung im Völkerrecht niemals die Fortdauer der Besetzung. Die Besetzung, die nach dem Versailler Vertrag zeitlich begrenzt ist, ist kein Sicherheitspand. Außerdem ist die Entlassung Deutschlands anerkannt. Die Besetzung ist auch kein Leistungspand. Nach dem Versailler Vertrag wird sie im Jahre 1935 auch für die dritte Zone enden. Im übrigen behält die Reparationsfrage von Bericht zu Bericht, daß der Dawesplan bisher funktioniert.

Was fehlt, ist die Endlösung. Sie darf nur gefunden werden, nachdem die Leistungsfähigkeit Deutschlands ernstlich und genau nachgeprüft ist.

Dann wies der Kanzler den Vorwurf zurück, daß die Stresemannrede im Reichstag aus Gründen der inneren Politik gehalten sei. Da das deutsche Volk in der Forderung der allseitigen Räumung einig ist, sind Rücksichten auf die innere Politik nicht notwendig, und ich habe bereits in Voss in den Verhandlungen der sechs darauf hingewiesenen, daß auch keine Sorge um die besetzten Gebiete und veranlaßt, diese Forderung zu erheben. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete will ausdauern, wenn das notwendig sein sollte.

Die Grenzen im Westen sind durch die Pocaroverträge garantiert. Auch daraus muß als Konsequenz gezogen werden, daß endlich Rheins und Saar besetzt werden. Die Saarbevölkerung ist ferndeutsch.

Als Sohn eines Saarländers bin ich dafür ein lebendiger Zeuge. Wenn wir die Befreiung dieser Gebiete von der Fremdherrschaft fordern, so nicht zuletzt deshalb, weil damit auch die Zivilisiertheit ausgeschaltet werden, die immer wieder dazu beitragen, daß alle Wunden aufgerissen werden. — Dann kam der Reichskanzler auf die Anschließfrage zu sprechen, die zurzeit weder von deutscher noch von österreichischer Seite auf die Tagesordnung gesetzt worden ist. Wir können uns die Voraussetzungen nicht nehmen lassen, die selbst nach dem Vertrag von Versailles für den Anschluß gegeben sind.

Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker steht der Anschluß Österreichs an Deutschland in keiner Weise in Widerspruch. Es gibt kein österreichisches Volk.

Es gibt nur deutsche Stämme in Österreich. Wie die Nationen Frankreichs sind, so sind die Österreicher Deutsche. Wir sind eine Nation. Auch in der Anschließfrage ist das ganze deutsche Volk einig.

Zur inneren Politik

Übergehend führte der Minister aus: Es wird behauptet, daß die Regierung gar keine richtige Regierung wäre. Diese Behauptung beruht auf einer irrigen Auslegung der Verfassung. Sie schreibt die Bindung der Parteien an die Regierung nicht vor. Sie fordert nur den Rücktritt der Regierung, wenn der Reichstag ihr das Vertrauen versagt. Der Reichskanzler ging dann auf die Schwierigkeiten über, die die Regierung demnächst zu überwinden habe. Er erwähnte das

Defizit im Etat und seine Deckung

und sagte: Weil diese Aufgabe aus außen- und innenpolitischen Gründen gelöst werden muß, bin ich bestrebt gewesen, die Regierung auf eine festere Grundlage zu stellen. Die Verhandlungen hierüber gehen jedoch nur langsam vorwärts. Die Mehrheit des deutschen Volkes will keine Krise. Gerade das ist es was gebieterisch verlangt, daß sich die Parteien auf dem Boden unserer republikanischen Verfassung zu einer Mehrheitsregierung auf Dauer zusammenschließen. Wie sollen sonst große Aufgaben ihrer baldigen Lösung entgegengeführt werden? Der Reichskanzler richtete schließlich an die Presse die Bitte um Unterstützung bei der weiteren Konsolidierung der deutschen Verhältnisse und teilte im Hinblick auf eine bessere Verständigung zwischen Regierung und Presse mit, daß der Reichsinnenminister aus den

Ueberschüssen der drahtlosen Dienstatienengesellschaft die ihm zur Verwendung gegeben

225 000 RM. als Beihilfe für den Bau eines Pressehauses

zur Verfügung stellen will, wenn die gemeinnützige Verwendung unter Kontrolle der Reichsregierung vertraglich sichergestellt wird. Und wie sich dann, schloß der Kanzler, die Preise aller Parteien gemeinsam in ihrem Pressehaus des Reichsverbandes zusammenschließen wird, so mögen sich in Zukunft unter dem Dache der deutschen Republik immer mehr alle diejenigen zusammenschließen, die den Staat bejahen, die in Zeiten nationaler und wirtschaftlicher Not bereit sind, für den Staat doppelten Dienst zu leisten zum Nutzen unseres Landes und zum Wohle des deutschen Volkes.

Diese Kanzlerrede ist tatsächlich als ein eindringlicher Appell an das Gewissen der Welt, an alle wahren Friedensfreunde zu werten, da sie vor einer klaren Versammlung, in der fast alle Völker der Erde durch ein beamtetes Mitglied ihrer Berliner Botschaft oder Gesandtschaft vertreten waren, gehalten wurde. Denn

als Gäste

sah man neben den Mitgliedern des Reichs- und des preussischen Kabinetts, Vertretern des Reichstages, den Führern der politischen Parteien, hervorragenden Vertretern der Kunst und der Wissenschaft, der Industrie, der Finanz- und des Handels, des Schrifttums und des Theaters, den Dogen des Diplomatischen Korps, Runtius Paccelli, die Botschafter von Amerika, England, Rus-

land und Spanien, und von Österreich, Norwegen, Bulgarien, Rumänien, Brasilien, Chile und anderer Länder.

U. a. waren auf dem Bankett erschienen die Reichsminister Broener, Dr. Curtius, Koch-Weser, Dr. Hilferding, Dr. Schädel, v. Guérard und Dr. Dietrich, der preussische Ministerpräsident Braun, die Staatsminister Kirchhoffer, Dr. Steiger, Dr. Becker, Dr. Höpfer-Wischoff, Dr. Schreiber, Graf Ruff und Dr. Schmidt, vom Auswärtigen Amt Ministerialdirektor Dr. Köpfe und der Chef des Protokolls, Gesandter Dr. Köster, von den Pressestellen des Reichs und Preussens Ministerialdirektor Jechlin und Oberregierungsrat Rabenberger, fast alle Vertreter der deutschen Länder im Reichstag, Reichstagspräsident Lohé, viele Abgeordnete und Staatssekretäre, der Chef der Deeresleitung General Dene, der Chef der Marineleitung Admiral Raeder, Polizeipräsident Jürgel, Kammergerichtspräsident Dr. Tzagés, Präsident des Oberverwaltungsgerichtes Dr. Drews, Oberreichsanwalt Dr. Obermayer, Johann v. Stauck, Generaldirektor der Hapag, Dr. Guno, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Geheimrat Stimming, Geheimrat Rastl, Geheimrat Dr. Justl, die Professoren Klimisch, Pechstein, Bruno Paul, Dr. Dr. ferner Paul Simmel, Emil Pirchau, Oskar Kaufmann, die Generalintendanten Tietzen und Professor Jekner, die Generalmusikdirektoren Blech, Kleiber, Klemperer, der Komponist Lehar, Professor Heinrich Grünfeld, der Vorsitzende der Bühnengenossenschaft, Präsident Wallauer

Der Festempfang fand im Marmoraal des Zoologischen Gartens statt und wurde durch ein kurzes Konzert eingeleitet. Nach dem Festessen ergriff der Vorsitzende des Vereins Berliner Presse, Professor Georg Bernhard, das Wort und begrüßte die Gäste. Nach Bernhard nahm Reichskanzler Müller, mit lebhaftem Beifall begrüßt, das Wort zu der obigen Rede.

Neue Aussprache Stresemann-Briand

Erste sachliche Verhandlungen - Eine Fünfmächtebesprechung findet nicht statt

Lugano, 12. Dezember. Dr. Stresemann begab sich am Mittwoch nachmittag um 1/2 Uhr in das Hotel Splendid, um Briand seinen Gegenbesuch zu machen. Infolge irrtümlicher Dispositionen traf Briand, kurz nachdem Dr. Stresemann das Palace-Hotel verlassen hatte, in Begleitung seines Sekretärs im Palace-Hotel ein, so daß schließlich sein Sekretär nach dem Splendid-Hotel geschickt werden mußte, um Dr. Stresemann zu benachrichtigen, daß Briand ihn bereits im Palace-Hotel erwartete. Nach kurzer Zeit darauf kehrte Dr. Stresemann ins Palace-Hotel zurück. Die zweite Besprechung zwischen Dr. Stresemann und Briand dauerte 1 1/2 Stunden. An ihr nahmen lediglich der Dolmetscher der deutschen Abordnung, Dr. Schmidt, und Prof. Gedenard von der französischen Botschaft in Berlin teil. Anschließend an die Unterredung begab sich Briand zu Chamberlain, mit dem er nur eine kurze Unterredung von etwa 1/2 Stunde dauerte.

Die ursprünglich vorgesehene und auch vereinbarte Besprechung der drei Minister hat infolge Zeitmangels nicht stattgefunden.

Da die Besprechung zwischen Stresemann und Briand sich zu lange hinzog und Briand durch andere Verpflichtungen verhindert war, die Besprechung noch weiter auszu dehnen. — Ueber den Verlauf der Unterredung werden naturgemäß keine Mitteilungen gemacht. Es wurde nur erklärt, daß die Besprechungen fortgesetzt würden. Die Unterredung hat ausschließlich den gegenwärtigen deutsch-französischen Beziehungen und der Fortführung der Pocaropolitik gegolten. Die Abrüstungsfrage sowie das englisch-französische Flottenabkommen sind in der Unterredung nicht berührt worden. Man nimmt daher an, daß im Mittelpunkt der Aussprache die Bildung des Sachverständigenausschusses

für die Regelung der Reparationsfrage und die Auslegung des Artikels 231 des Versailler Vertrages standen hat, auf den sich der deutsche Räumungsanspruch gründet. Abschließende Ergebnisse sind jedenfalls nicht erzielt worden. Eine Fünfmächtebesprechung ist vorläufig nicht vorgesehen. Der allgemeine Eindruck, der sich aus den zunächst nur auhergewöhnlich zurückhaltenden Mitteilungen ergibt, zeigt, daß jetzt tatsächlich sachliche Besprechungen in der Reparations- und Räumungsfrage aufgenommen worden sind.

Die Mitteilung, daß in den Besprechungen ausschließlich die deutsch-französischen Beziehungen und keine anderen Fragen behandelt worden sind, zeigt, daß man bestrebt ist, nach dem ersten sehr allgemein gehaltenen und vagen Unterhaltungen jetzt die weiteren Besprechungen auf die für das deutsche und französische Interesse im Vordergrund stehende Reparationsfrage zu konzentrieren.

Paris, 12. Dezember. Die Mitteilungen des „Temps“ über die Einigung der Alliierten in der Reparationsfrage werden heute von der gesamten französischen Presse wieder gegeben. In diesem Zusammenhang vertritt die französische

Presse vielfach die Anschauung, als ob nunmehr alle Streitfragen zwischen Deutschland und Frankreich so gut wie beigelegt seien. Demgegenüber kann, wie der Pariser Vertreter der All. erfährt, mitgeteilt werden, daß in der gestrigen Aussprache zwischen dem deutschen Botschafter v. Hoersch und dem Ministerpräsidenten Poincaré eine Verständigung der deutsch-französischen Aussprache noch nicht erzielt werden kann. Die Besprechungen werden vielmehr fortgesetzt werden, und zwar, weil die französische Regierung den Wunsch nach einer Einigung zwischen Deutschland und Frankreich noch vor der Abendung der französischen Antwort auf die deutsche Note vom 30. Oktober ausgesprochen hat.

Jedoch fehlt im Augenblick noch eine Lösung in den beiden wichtigsten Streitfragen — der Umgrenzung des Mandats der Sachverständigen und der ihrer Ernennung durch die Großmächte oder durch die Reparationskommission.

Jedoch darf man der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Besprechungen zwischen Dr. Stresemann und Briand in Lugano auch auf die in Paris gepflogenen Verhandlungen günstig einwirken werden, obgleich sie sich an sich nicht mit den Einzelheiten des Reparationsproblems, sondern mit dem gesamten deutsch-französischen Fragenkomplex befassen. Deutscherseits wird es für günstig gehalten, daß Frankreich seinem Bestreben, mit Deutschland zu einer Einigung zu kommen, auch äußerlich dadurch Ausdruck gegeben hat, daß der gestrige Besuch des Herrn von Hoersch beim französischen Ministerpräsidenten auf eine Einladung Poincarés hin erfolgt ist.

Die Einheitsfront der Alliierten

Rom, 12. Dezember. Der Engländer Sonderberichterstatter des „Giornale d'Italia“ erklärt, drei Tatsachen charakterisieren die Ratstagung:

1. Das völlige Scheitern der deutschen These vom Recht auf Rheinlandräumung;
2. die Erklärung Italiens für eine französisch-italienische Zusammenarbeit in der Reparationsfrage;
3. die Schaffung eines günstigen Bodens für zukünftige Verhandlungen.

Der Sonderberichterstatter meint, Deutschland habe große Fehler begangen, indem es sich auf seinen Standpunkt verließ, anstatt sich auf politische Verhandlungen einzulassen. Es habe auch nicht verstanden, den wesentlichen Faktor für sich zu nützen, nämlich die Zeit.

Abreise Grandis nach Angora

Lugano, 12. Dez. Der italienische Unterstaatssekretär des Aeußeren, Grandi, der in den letzten Tagen zahlreiche Besprechungen mit verschiedenen Delegationsführern hatte, ist heute abend nach Rom zurückgekehrt, von wo aus er nach einem kurzen Aufenthalt sofort nach Angora weiterreisen wird.